

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich außer an Feiertagen und an den Sonntagen. Der Abdruck in der Wilsdruffer Zeitung ist im Wilsdruff, bei jeder Bestellung wird die Wilsdruffer Zeitung gratis beigegeben. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weigen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Riesa.

Nr. 291. — 84. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Mittwoch 16. Dezember 1925

## Verzweiflung in Frankreich.

Das Ende der vergangenen Woche der französische Front einen neuen Sturz erlebte, hat den Franzosen einen gewaltigen Schrecken eingebracht; mußte doch das englische Pfund nicht mehr mit 124 Franc, sondern mit 133 bezahlt werden, das ist im Verhältnis zum Paristande fast das Fünffache. Die Gründe liegen trotz aller Handelsbilanz Frankreichs auf der Hand: es ist nichts weiter als das Anschwellen der Zahlungsmittel, dem ein Steigen der Produktion nicht entspricht. Das ist der währungsstechnische Grund. Bei jeder Inflation spielen aber auch psychologische Gründe eine große Rolle, und diese sind gegeben durch die andere Tatsache, daß weder Senat noch Deputiertenkammer in Paris sich zu irgendeiner jener Maßnahmen entschließen können, die immer wieder angefordert, gefordert, gelobt, getadelt, aber nie Wirklichkeit werden. Steuerpläne sind tatsächlich schon in zahlreichen Massen aufgebracht, aber nie hat man sich bisher entschließen können, irgendeinen von ihnen anzunehmen. Außerdem ist in der vergangenen Woche die Unzufriedenheit des Frankreich durch Neudruck von Noten um Milliarden vermehrt worden, weil kurzfristige Anleihen im Betrag von 200 Milliarden fällig waren, Bedienung dafür nicht vorhanden war und infolgedessen diese durch die Notenpresse hergestellt werden mußte.

Der Schreck, den diese neueste Entwicklung verursacht, äußert sich nun in einem besonders eigenartigen Vorschlag, der eigentlich nur eine Parallele in der Kriegszeit aufzuweisen hat. Das ist die Anregung des „Matin“, ein Wohlfahrtskomitee mit weitgehenden Vollmachten, aber auch mit voller Verantwortung, zu ernennen. Innenpolitisch ist die Lage in Frankreich so verwirrt wie nur möglich; die Vinte ist in sich gespalten, weil das Kartell tatsächlich zerfallen ist. Die Sozialisten machen nämlich nicht mehr mit; sie wollen höchstens ein Kabinett Herriot bilden, während ihnen Painlevé außerordentlich unpopulär ist. Noch unpopulärer ist ihnen freilich der Nachfolger Caillaux im Finanzministerium, Boucheur, gegen den aber auch von rechts her angeführt wird, obwohl er ausgesprochen der Vertreter der französischen Schwerindustrie ist. Auch in Frankreich werden jene drängenden Wünsche laut, die wir in ähnlicher Lage auch in Deutschland erlebt haben und die bei uns erst zum Teil erfüllt sind, nämlich nicht so sehr eine Vermehrung der Steuern sei das Notwendige, sondern eine Einschränkung der Staatsausgaben nach der persönlichen wie nach der sachlichen Seite hin. Es gäbe in Frankreich nicht nur zuviel Regierende, es werde auch zuviel regiert, heißt es. Natürlich steht man immer wieder nach Deutschland zuherüber und prüft sich daran die Möglichkeit, ob nicht in Frankreich Voraussetzungen für eine ähnliche Währungsstabilisierung gegeben sind. Man vermag auch nicht einzusehen, warum Frankreich diesen Weg nicht gehen soll. Natürlich nicht mit den primitiven Mitteln, die Caillaux anwandte, indem er nämlich an den guten Willen appellierte. Ohne staatlichen Zwang wird man nichts erreichen, besonders, da die Widerstände gegen die Währungsstabilisierung namentlich bei den Banken und in der Industrie ganz offene und sehr starke sind. Bezeichnenderweise haben z. B. sämtliche der Handelskammer von Nimes angeschlossenen industriellen Bankiers und Kaufleute zum Protest gegen die Sanierungspläne einen weitläufigen Proteststreik arrangiert.

Wie zugeführt die Lage in Frankreich doch ist, das ergibt sich nicht nur aus jenen Verzweiflungsschreien nach einem Retter, die sich beständig vermehren lassen, sondern auch darin, daß man von Währungsplänen nunmehr freilich weniger in dem Sinne, wie Painlevé bei seinem Sturz andeutete, als er sich als Opfer der vordringenden Reaktion hinstellte und gegen deren Pläne er zur Wachsamkeit mahnte. Eher fürchtet man anscheinend eine Revolution von links her, aber die sich der Führer der französischen Sozialisten, Renaudel, in sehr besorgten Worten äußerte. Fest steht jedenfalls das eine: der am 10. Mai vergangenen Jahres zur Herrschaft gekommene Bloch der Linken hat große außenpolitische Erfolge erzielt, die Londoner Abmachung, Locarno, Sieg im Rifgebiet, denen freilich der scharfe Luftstand gegenübersteht. Aber innenpolitisch hat der Linksbloch ebenso auf steuerpolitischem wie währungspolitischem Gebiet in denkbar größtem Ausmaß versagt; der Franzose in der Zeit, da der Linksbloch an der Regierung sitzt, weit hinter gesunken, als man das noch vor 1 1/2 Jahren für möglich hielt.

## Deutscher Reichstag.

(135. Sitzung.) OB, Berlin, 14. Dezember.  
Vor Eintritt in die Tagesordnung sprach der Abg. Hechenbach (Ztr.) dem Präsidenten des Reichstages, Paul Löbe, der heute seinen 50. Geburtstag feiert, unter aufrichtiger Zustimmung im Namen des Reichstages die herzlichsten Glückwünsche aus. Präsident Löbe, dessen Platz durch große Blumenarrangements geschmückt war, dankte für diese Ehrung. Das Haus trat dann in die Beratung der Anträge über die Beforderungsaufbesserung der Reichsbeamten ein. Damit wird auf Antrag des Abg. Fried (Wstl.) die Be-

## Das Locarnowerk beim Völkerbund.

Feierlicher Übergabeakt.  
Der englische Außenminister Chamberlain übergab dem Völkerbund in feierlicher Form die in London unterzeichneten Originale des Vertragswertes von Locarno, nämlich den Westpakt, die beiden Schiedsverträge zwischen Deutschland und Frankreich bzw. Belgien, die beiden Schiedsverträge Deutschlands mit der Tschechoslowakei bzw. Polen und das Schlussprotokoll. Die Ratifizierungsurkunden sollen später beim Generalsekretariat des Völkerbundes deponiert werden. Die Handlung wurde durch kurze Ansprachen Chamberlains und Paul-Boncourts begleitet, der seinerzeit die beiden zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei bzw. Polen in London unterzeichneten Verträge dem Völkerbundpräsidenten Sciatosa übergab, wie er hinzufügte, eine Ergänzung des Vertragswertes von Locarno darstellen. Beide Redner wiesen auf die hohe Bedeutung dieser Stunde hin, mit der sie an dem Vertragswert beteiligten Nationen durch Deponierung der Verträge belunden, welchen hohen Werte die dem Völkerbunde beimesse. Chamberlain betonte, daß damit die interessierten Staaten in eine neue Phase ihrer Beziehungen eintreten und durch ihre gegenseitige Garantie des Friedens untereinander den Frieden der Welt festigen. Mit Genugtuung sehe er den Zeitpunkt nahe, an dem auch Deutschland sich dem Völkerbund anschließen werde.

Paul-Boncour verlas ein Telegramm des französischen Ministerpräsidenten Briand, in dem dieser erklärte, daß Frankreich stolz sei, seine Unterschrift unter die Verträge gesetzt zu haben. Er sehe in der wachsenden Autorität des Völkerbundes die beste Garantie gegen den Krieg und hoffe, Deutschland bald im Völkerbunde zu sehen. Paul-Boncour dankte Briand für seine Verdienste um das Zustandekommen des Vertragswertes von Locarno, das, wie er hinzufügte, die Anwendung der Grundzüge und Bestimmungen des Völkerbundes bedeute.

## Frankreichs Krise. Erneute Ablehnung der Finanzpläne Loucheurs.

Paris, 15. Dezember. Die Aussprache in der Finanzkommission bezog sich auf die Ausgleichung des Budgets und des vorhandenen Defizits. Gleich bei Beginn der Sitzung zeigte sich, daß die Sozialisten eine sofortige Entscheidung herbeiführen wollten. Vincent Auriol stellte die verhängliche Frage, ob die acht

von Loucheur vorgeschlagenen Steuern nicht auf sieben reduziert werden könnten, worauf der Berichterstatter zugab, daß eine solche Reduzierung möglich sei. Ein großer Teil der Anwesenden gab darauf seinem Erstaunen Ausdruck, daß anstatt sieben Milliarden acht Milliarden vom Finanzministerium gefordert worden seien. Renaudel stellte darauf, die allgemeine Abstimmung geschäft auszuheben, den Antrag, die Vorschläge der Regierung zurückzuweisen. Der Antrag wurde mit 18 gegen 6 Stimmen angenommen. Nur das Projekt, das die Bestrafung wegen Steuerhinterziehung behandelte, wurde angenommen. Das Abstimmungsergebnis bedeutet ein Mißtrauensvotum gegen den Finanzminister, da es einer Verteilung der Steuern gleichkomme.

Paris, 15. Dezember. Eine neue Kabinettskrise wird auf Grund des heutigen Abstimmungsergebnisses mit Bestimmtheit für Ende der Woche vorausgesehen.

## Die Ausführung des Dawes-Gutachtens

Ein Bericht des Reparationsagenten.  
In seinem Bericht über die Ausführung des Dawes-Gutachtens vom 1. September 1924 bis 31. August 1925 den der Generalagent für Reparationszahlungen der Reparationskommission erstattet, kommt Pariser Gilbert zu optimistischen Schlussfolgerungen. Die beiden Ziele des Dawes-Planes: Ausgleichung des Budgets und Stabilisierung der Währung, seien in vollem Umfang erreicht worden.  
Das Budget von 1925 sei mehr als ausgeglichen und die Stabilisierung des Geldes sei dauernd gesichert. Die deutschen Industriellen sei es nunmehr möglich geworden, Kalkulationen aufzustellen, ohne die Befürchtung haben zu müssen, daß diese am darauffolgenden Tage wieder umgeworfen würden. Die Produktionsfähigkeit des Landes habe zugenommen und überflüssige sogar auf manchen Gebieten den vor dem Kriege erreichten Durchschnitt.

## Der Aufwertungsbericht.

Berlin. Häufig wird in Fällen, in denen die Beteiligten sich über die Aufwertung einigen, auf die vorgeschriebene Anmeldung verzichtet. Die der Amtliche Preisdienst mittels, besteht in solchen Fällen, jedenfalls dann, wenn Berechtigter vorhanden sind, für den Aufwertungsbericht die Gefahr, durch das Unterlassen der Anmeldung Rechtsnachteile zu erleiden oder doch in Rechtsstreitigkeiten verwickelt zu werden. Der Aufwärtungsminister empfiehlt die Anmeldung rechtzeitig, d. h. bis zum 1. Januar 1926, nachzuholen.

## Ausbau der amerikanischen Marine.

Der Jahresbericht des amerikanischen Marinesekretärs. Aus dem dem Präsidenten Coolidge überreichten Jahresbericht des amerikanischen Marinesekretärs Curtis D. Wilbur geht hervor, daß die Mannschaftsstärke, deren Höchstzahl auf 86 000 festgesetzt ist, aus Sparmaßregeln auf etwa 82 000 vermindert wurde. Die Zahl der Offiziere beträgt 4945 gegenüber einer zulässigen Höchstzahl von 5499. Der Bericht enthält kein neues Bauprogramm, weist jedoch darauf hin, daß die Brauchbarkeit fast aller Schiffe durch entsprechende Aufwendungen bedeutend gesteigert werden könnte. Derartige technische Verbesserungen, für deren Gesamtheit 40 Millionen Dollar erforderlich wären, werden näher beschrieben mit dem Bemerkten, daß ihre Ausführung nach Vereinfachung der Mittel erfolgen soll. Eine Reihe von im Bau befindlichen Schiffen soll als Flugzeugmuttergeschiffe ausgebaut werden. Mehrere U-Bootboote sind im Bau begriffen und sollen spätestens im

## Beforderungsaufbesserung der Reichsbeamten

ein. Damit wird auf Antrag des Abg. Fried (Wstl.) die Be-